

2361**Antrag**

der Fraktion Die Linke

Ausbildungskrise beenden – Ausbildungsplatzumlage sofort einführen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage in Berlin vorzulegen. Über die Umlage sollen ab dem 1. Januar 2026 Unternehmen, die ausbilden, die Kosten erstattet werden. Außerdem sind in dem Gesetzentwurf die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

- Den Ausbildungsbetrieben werden die Ausbildungskosten in Höhe der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung in Berlin erstattet.
- Die über die Umlage eingenommenen Mittel werden vollständig an ausbildende Unternehmen ausgereicht. Die Kosten für die Verwaltung der Umlage werden nicht aus der Umlage selbst finanziert.
- Die Höhe der von den Unternehmen zu leistenden Zahlung kann durch Rechtsverordnung festgelegt werden. Sie soll sich zwischen 0,2 und 0,5 Prozent der Bruttolohnsumme des Unternehmens in Berlin bewegen.
- Von der Umlage ausgenommen sind Branchen, für die ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag eine Umlage vorsieht. Die dortigen Tarifvertragsparteien können ihre Umlage von der Einrichtung zur Verwaltung der allgemeinen gesetzlichen Umlage verwalten lassen, um Verwaltungskosten zu sparen.
- Unternehmen, die ihre Ausbildungspflichten gegenüber Auszubildenden grob verletzen, können zur Rückzahlung der Kostenerstattung verpflichtet werden.

Begründung:

Trotz vielfältiger Initiativen und Programme bleibt die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in Berlin seit Jahren hinter dem Bedarf zurück. Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit kamen in Berlin zu Beginn des laufenden Ausbildungsjahres ca. 22.100 gemeldete Bewerber:innen auf ca. 16.700 gemeldete Plätze. Aktuell kommen auf 100 Ausbildungsplätze 146 Jugendliche („In Berlin fehlen 6000 Ausbildungsplätze“, Tagesspiegel, 22.05.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/steglitz-zehlendorf/in-berlin-fehlen-6000-ausbildungsplaetze-wir-mussen-mit-den-jugendlichen-arbeiten-die-wir-haben-13731907.html>).

Um diesen Missstand zu beheben, ist so schnell wie möglich eine allgemeine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Eine solche Umlage führt nachweislich dazu, dass Unternehmen mehr Ausbildungsplätze anbieten können, weil sie die Ausbildungskosten erstattet bekommen. In den Branchen, die eine solche Umlage bereits eingeführt haben, namentlich die Baubranche, die Pflegebranche und das Schornsteinfegerhandwerk, hat sich die Ausbildungsquote in der Folge verbessert.

Eine Ausbildungsplatzumlage stellt sicher, dass sich alle Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten der Ausbildung beteiligen und die Kosten so gerecht verteilt werden. Die Umlage ist außerdem ein Instrument, um die Qualität der Ausbildung zu sichern und Mindestbedingungen für die Azubis, etwa bei der Ausbildungsvergütung, durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, warum der Senat die Einführung der Umlage seit mehreren Jahren blockiert und sie davon abhängig macht, ob Ende 2025 2.000 Ausbildungsverhältnisse mehr bestehen als 2023. Diese willkürlichen Schwellenwerte sollen nur den Streit zwischen CDU und SPD bis zu den Wahlen vertagen. Ein solcher Aufwuchs würde weder die Unterversorgung vollständig beseitigen, noch die grundlegenden Probleme. Eine angemessene Versorgung mit Ausbildungsplätzen kann in Berlin nur durch eine allgemeine Umlage auf Dauer sichergestellt werden.

Im Dezember 2022 hat die damalige Arbeitssenatorin Katja Kipping (Die Linke) ein Eckpunktepapier zur Einführung der Ausbildungsplatzumlage vorgestellt. Auf dieser Grundlage muss der Senat nun unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen, statt weiter zu blockieren.

Berlin, den 17.06.2025

Helm Schulze Valgolio
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke